

Chips - Wegbereiter einer neuen Armut?

aus: vorgänge Nr. 73 (Heft 1/1985), S. 84-96

»Die Informationstechnik - von der Basistechnologie der Elektronik über die Systemkonzepte der Datenverarbeitung und der Technischen Kommunikation bis zu den Anwendungsfeldern der industriellen Automation, der Bürotechnik und der Unterhaltungselektronik - ist von grundlegender Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Für *große Teile unserer Gesellschaft* bedeutet sie *Hoffnung* auf weiteres wirtschaftliches Wachstum, auf neue Arbeitsplätze, mehr Freizügigkeit und Annehmlichkeiten im täglichen Leben; für *manche* löst sie allerdings *Befürchtungen* aus« (Hervorhebungen A. B) (1)

Diese optimistische Einschätzung aus der neuen Förderkonzeption 'Informationstechnik' der Bundesregierung geht großzügig über diejenigen hinweg, die beim öffentlich geförderten und in den Betrieben realisierten Rationalisierungsschub mittels der neuen Informations- und Kommunikationstechniken (IuK-Techniken) durch die Roste fallen. Sie geht darüber hinweg, daß die neuen Techniken ein ungeheures Rationalisierungspotential enthalten, das auf einen Arbeitsmarkt trifft, wo heute schon beinahe jeder Zehnte arbeitslos ist. Sie geht darüber hinweg, daß die Herstellung der neuen Techniken weit weniger Arbeitsplätze erhält oder vielleicht neu entstehen läßt als ihre Anwendung vernichtet. Sie geht darüber hinweg, daß von dieser Arbeitsplatzvernichtung die Arbeitsplätze der erwerbstätigen Frauen überproportional betroffen sind - schon heute und erst recht angesichts der sich abzeichnenden Rationalisierungsschwerpunkte der kommenden Jahre. Sie geht darüber hinweg, daß die »Befürchtungen mancher« zum Alptraum von vielen zu werden drohen.

Am Beispiel der Frauenarbeit geht es im folgenden um die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen, die bewirken, daß der sog. »technische Fortschritt« zum sozialen Rückschritt führt, daß die Anwendung der neuen Techniken die Lebenslage vieler Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verschlechtert.

1. Wirtschaftskrise, Rationalisierung und die neuen Informations- und Kommunikationstechniken

Angesichts weltweiter ökonomischer Krise zielen die Profitstrategien des Kapitals seit Jahren verstärkt auf Kostensenkung in den Betrieben. Umfassende Rationalisierungskonzepte zur Reduzierung von Kapital- und vor allem Arbeitskosten werden durchgesetzt. Diese Konzepte gehen von Strukturveränderungen in den Unternehmen (z.B. durch Zentralisierung von Aufgabenbereichen) über Produkt rationalisierung (z.B. Ersetzung von Metallteilen durch - mit weniger Arbeitsaufwand herzustellende — Kunststoffteile) bis hin zur Rationalisierung des Arbeitsprozesses selbst. Mit der Entwicklung der Computertechnik, der Informationstechnik, und deren Verbindung mit der Nachrichtentechnik, der Kommunikationstechnik stehen den Unternehmern hervorragende arbeitssparende Instrumente für die Rationalisierung in Produktion und Verwaltung zur Verfügung, die zudem in den letzten Jahren immer leistungsfähiger und billiger werden. Die Rationalisierungskonzepte beschränken sich dabei längst nicht mehr darauf, in einem einzelnen Bereich ein EDV-System einzuführen. Jetzt geht es um die durchgängige Computerisierung des ganzen Betriebes, um die Vernetzung bisher isolierter Systeme inner- und überbetrieblich - mittels elektronischer Datenübertragung zur Konzernzentrale, zu den Lieferanten, zu den Kunden.

Die Folgen dieser Rationalisierungsstrategie - Arbeitsplatzvernichtung, Dequalifizierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen - wirken sich auf alle Betriebsbereiche und alle Beschäftigten aus.

Überproportional betroffen aber sind die Frauen.

2. Frauenarbeit und neue Informations- und Kommunikationstechniken oder: die Chance, verschlissen und/oder wegrationalisiert zu werden

Die erwerbstätigen Frauen arbeiten überwiegend auf Arbeitsplätzen, die in der Einkommenshierarchie am schlechtesten bezahlt sind, an denen gesundheitliche Belastungen vorhanden und/oder die stark durch Rationalisierung gefährdet sind. Einige Beispiele:

Frauen im Büro

Angefangen hat es mit der Einrichtung zentraler Schreibdienste, in denen Frauen den ganzen Tag nur noch Texte vom Band in die Maschine hämmern mußten. Der 'Schreibdienst' wurde in 'Büro für Textverarbeitung' umbenannt, aber das änderte nichts an der Monotonie und den Belastungen der neuen Arbeitsplätze. Es folgte die Bildschirmarbeit an den elektronischen Textsystemen und Computerterminals mit vielen neuen psychischen und physischen Belastungen. Der Schreib- und Sekretariatsbereich war in den 70er Jahren das Einfallstor für die Bürorationalisierung und die Verringerung der Arbeitsplätze fing damals an. Inzwischen richtet sich die Rationalisierungsstrategie auf die Arbeit der Sachbearbeiter in den Büros; sie wird computerisiert und die weitere Rationalisierung der Textverarbeitung wird dabei gleich miterledigt (2).

Nach der traditionellen Arbeitsteilung im Büro erstellen Sachbearbeiter Angebote, machen Einkäufer Bestellungen und verhandeln mit den Lieferanten - Frauen (Sekretärinnen, Kontoristinnen, kaufmännische Angestellte) schreiben die anfallenden Texte, Briefe und dergleichen und wickeln die Arbeiten verwaltungsmäßig ab. Nach der herrschenden Logik der Computeranwendung wird diese Struktur nun gründlich verändert. Angebote, Bestellungen und dergleichen werden nunmehr gleich direkt von Sachbearbeitern am Bildschirm, d.h. am EDV-System bearbeitet. In diesem System sind auch die Arbeitsunterlagen elektronisch gespeichert (das 'papierarme Büro' kündigt sich an) und die meisten Texte sind standardisiert und ebenfalls gespeichert. Auf Knopfdruck des Sachbearbeiters werden damit Briefe automatisch geschrieben. Die Arbeitsplätze der Frauen sind weitgehend wegrationalisiert. Spätestens in ein paar Jahren aber könnte das Briefe-Schreiben ganz wegfallen: Dann kann der Austausch von Briefen ganz ersetzt werden durch den Austausch von elektronischen Signalen von Bildschirm zu Bildschirm, vom Lieferanten bis zum Kunden. Vielleicht bleibt bei dieser Entwicklung statt der vorher 20 Sekretärinnen eine 'Informations-Assistentin' übrig, die die wenigen nicht über das EDV-System laufenden Arbeiten erledigt. (Auch in den Zukunftsszenarien der betrieblichen Rationalisierungsplaner werden die — wenigen — übrigbleibenden Frauen wieder auf die 'Hilfs'-Funktionen verwiesen).

Dieses Rationalisierungsschema geht durch die Verwaltungen von Dienstleistungsbereich wie Industrie. Dabei bleibt noch eine andere Gruppe von Frauen auf der Strecke: die Datenerfasserinnen. Hereingeholt seit Beginn der kommerziellen elektronischen Datenverarbeitung auf monotone, belastungsintensive Arbeitsplätze, haben sie nunmehr ihre Schuldigkeit getan: Zahllose Daten sind inzwischen in den elektronischen Speichern und müssen jeweils nur noch ergänzt bzw. geändert werden. Außerdem ist jetzt der elektronische Datenaustausch zwischen Betrieben möglich (über Kontinente hinweg), wodurch die erneute Dateneingabe in jedem Betrieb entfällt.

Bei Bildschirmtext (Btx), seit 1984 ein neuer Dienst der Bundespost, kann die Dateneingabe gleich zuhause erfolgen: elektronische Selbstbedienung direkt beim Handel, bei Banken, bei Reisebüros vom Wohnzimmerstuhl aus. Hier werden Arbeiten, die bislang überwiegend von Frauen im Dienstleistungsbereich gemacht wurden, privatisiert, von den Kunden übernommen — die Arbeitsplätze sind damit überflüssig.

Der »Umweg« über Menschen — wie es Rationalisierungsplaner offen nennen — ist immer seltener notwendig (3). Diese Entwicklungen zeigen sich heute schon in der Arbeitslosenstatistik. 35% der erwerbstätigen Frauen arbeiten im Büro. Ein großer Teil von ihnen macht sog. »Infrastruktur Tätigkeiten« wie Schreiben, Registratur, Datenerfassung. Die Arbeitslosenquote in diesem Teilbereich von Büroarbeit lag 1983 bei 13,9%; selbst das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit spricht inzwischen von einem »wachsenden Arbeitsplatzrisiko«. Diese Zahlen aus einem Bereich, in dem bisher schon besonders stark rationalisiert wurde, vermitteln eine Ahnung dessen, was noch bevorstehen kann, wenn in den kommenden Jahren der gesamte Bürobereich durchrationalisiert wird; die heutige Frauenarbeitslosigkeit bei den Büroberufen von 6,5 % mutet so als Ruhe vor dem Sturm an (4). Hinter dieser Zahl verbirgt sich jedoch, daß seit Jahren von den jeweils 700000 - 800000 arbeitslosen Angestellten kontinuierlich 70% Frauen sind.

Elektronische Heimarbeit

Werden aber die Betriebe durchcomputerisiert, kann man(n) doch gleich auch ein paar Bildschirmgeräte in die Wohnzimmer stellen und dort Frauen Text- oder Datenerfassung machen lassen 5. Das spart die Kosten für Arbeitsplätze (Miete, Ausstattung), das spart aber vor allem Lohnkosten, denn die Bezahlung erfolgt nach geleisteter Arbeitsmenge — wobei selbstverständlich der betriebliche Auftraggeber über Auftragsmenge und Termine entscheidet. Laut Siemens kostet das Schreiben einer DIN A4-Seite im Betrieb 9,40, bei Heimarbeit 6,81 DM. (6)

Das ist kein Zukunftsszenario, das ist bei einer Reihe von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik heute schon Realität. Büroarbeit wird zuhause erledigt, die Übermittlung zwischen Betrieb und Heimarbeiter/in erfolgt über den Austausch von Datenträgern oder — bisher noch selten — direkt über eine Kabelverbindung zum Betrieb. Hohe Postgebühren, technische Mängel der Geräte, begrenzte Übertragungskapazität und -geschwindigkeit führen dazu, daß sich elektronische Heimarbeit (noch) nicht wirklich 'rechnet' für die Unternehmer. Aber das kann sich bald ändern, wenn die Planungen von Regierung und Bundespost zur Verkabelung der Republik, zum datengerechten Ausbau des Telefonnetzes realisiert werden.

Und in die betrieblichen Rationalisierungsstrategien paßt die elektronische Heimarbeit: ist sie doch eine neue Möglichkeit zur Flexibilisierung von Arbeit, zur Anpassung an wechselnden Arbeitsanfall, zum Abbau von Stammebelegschaften und Ausweichen auf Randbelegschaften in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Grundsätzlich ist elektronische Heimarbeit in verschiedenen arbeitsrechtlichen Formen möglich; die bisherigen Erfahrungen zeigen aber schon, daß die Unternehmer kein Interesse haben, elektronische Heimarbeit von 'Außen-Arbeitnehmern' mit den gleichen Rechten wie Arbeitnehmer im Betrieb ausführen zu lassen. Am billigsten ist es doch, wenn die Heimarbeiter/innen als Selbständige oder freie Mitarbeiter arbeiten — ohne jeden arbeits- und sozialrechtlichen Schutz. Werden sie als Heimarbeiter nach dem Heimarbeitsgesetz beschäftigt, sind sie zwar in einigem den betrieblichen Arbeitnehmern gleichgestellt (Sozialversicherung, Betriebsrat), haben aber weder vernünftigen Kündigungsschutz noch Chance auf gleiche Entlohnung.

Elektronische Heimarbeit ist kein reines 'Frauenproblem'. Es gibt unter den bisher bekannten Fällen auch einzelne Beispiele dafür, daß Männer elektronische Heimarbeit machen, vor allem als Programmierer und andere EDV-Fachkräfte. Bei ihnen stellen sich vergleichbare Probleme der sozialen Isolation und der sozialen Absicherung. Aber es dürften zumindest hinsichtlich der Arbeitsqualität und Entlohnung bessere Bedingungen sein. Das heißt, auch bei elektronischer Heimarbeit treffen wieder die Frauen die schlechtesten Bedingungen.

Frauenarbeit in der Elektromontage

Derzeit arbeiten ca. 600000 an- und ungelernte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Montage, vor

allem in der Automobil- und Elektroindustrie. Ca. 300000 davon sind Frauen.

„Leiterplattenbestückung ist eine Arbeit, die eine Frau nicht zehn Jahre macht. Man muß gute Augen haben. Diese Arbeit wird etwa drei bis vier Jahre gemacht. Es sind dann überwiegend junge Frauen, die auch wieder aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Die älteren Kolleginnen bewerben sich eher mal auf einen anderen Arbeitsplatz.“ (7)

Jahrzehntlang waren Bilder von Frauen, die Elektroteile und -geräte montieren, eines der Beispiele für monotone Fließbandarbeit. Mit herkömmlicher Technik war der Montagebereich nur schwer zu automatisieren und Frauen waren hier willkommene billige Arbeitskräfte — so lange sie die belastende Arbeit schafften. Inzwischen hat sich die Situation verändert: mit der Mikroelektronik sind jetzt auch solche Tätigkeiten automatisierbar und es zeichnet sich ab, daß die Montageautomation ein Rationalisierungsschwerpunkte der kommenden Jahre sein wird:

„Wo noch vor kurzer Zeit Kolleginnen am Fließband saßen und Leiterplatten mit Widerständen und Transistoren bestückten, sind die Montagebänder abgebaut. Jetzt montieren Bestückungsautomaten die Leiterplatten. Ein Bestückungsautomat ersetzt zwischen 40 bis 60 Arbeiterinnen. Die Leiterplatten werden anschließend im automatischen Lötbad gelötet und danach automatisch geprüft. In einem anderen Fall durchlaufen Staubsaugergehäuse eine automatische Montagestraße. Roboter und Montageautomaten bauen die Einzelteile ein. Am Bandende sitzt nur noch eine Kollegin, die Zubehörteile in das Staubsaugergehäuse einsetzt und die Bedienungsanleitung beilegt. Das Verpacken macht wieder ein Automat. 45 Montagearbeiterinnen haben dadurch ihren alten Arbeitsplatz verloren. Noch konnten sie in anderen Abteilungen des Werkes Beschäftigung finden.“ (8)

Man muß davon ausgehen, daß das 'Freisetzungspotential in der industriellen Serienmontage ca. 250000 Arbeitsplätze' beträgt und daß dies überproportional Frauenarbeitsplätze sind. (9)

Frauenarbeit bei der Herstellung der neuen Techniken

Die mikroelektronischen Bauelemente für die Computer, die winzig-kleinen Chips werden bisher noch größtenteils in den USA und Japan hergestellt. Überwiegend geschieht dies an äußerst gesundheitsschädlichen Arbeitsplätzen (da viele hochgiftige Lösungsmittel und dergleichen angewandt werden), an denen vor allem Frauen arbeiten.

Über diese Frauen, die oft ihre Arbeit mit schweren Krankheiten bezahlen müssen, wurde kürzlich mehrfach in der Bundesrepublik berichtet. 10 Solche extrem gesundheitsschädlichen Arbeitsplätze, wie sie sich offenbar in Silicon Valley finden, sind mir hier nicht bekannt — die hiesige Tradition des betrieblichen Arbeitsschutzes (mühsam durchgesetzt!) mag solche Extremformen verhindern, ohne daß deshalb die Bauelemente-Herstellung hier problemlos wäre. So findet beispielsweise die Fertigung und Verarbeitung der Chips vielfach unter Bedingungen statt, die die Reinheitsanforderungen eines Operationssaales bei weitem übertreffen («Reinraumfertigung»). Das heißt ständiges künstliches Klima, ständiges Kunstlicht (Gelblicht), Isolation von den Kolleg(inn)en usw. Bei den dort arbeitenden Frauen führt dies zu massiven gesundheitlichen Störungen, so gerät beispielsweise der Hormonhaushalt völlig durcheinander.

Auch beim Zusammenbau der Geräte der IuK-Technik arbeiten viele Frauen. Schon traditionell montieren in der Büromaschinenindustrie Frauen die Schreibmaschinen. Die Ersetzung der elektromechanischen Geräte durch elektronische, computergesteuerte Büromaschinen hat nun auch neue Rationalisierungspotentiale bei der Herstellung eröffnet. So dauerte beispielsweise die Montage eines alten Fernschreibers 30, die eines neuen elektronischen nur noch 3,5 Arbeitsstunden! »Die Arbeitsplätze schmelzen weg wie der Schnee in der Frühjahrssonne« sagte mir dazu ein Betriebsrats-Vorsitzender aus einem großen Konzern, der neue Bürotechniken herstellt. Es sind überwiegend Frauenarbeitsplätze.

3. Die sozialen Folgen und Kosten

„Frauen werden unter den gegebenen sozialen und ökonomischen Bedingungen eher von den erwarteten negativen Auswirkungen der technischen Entwicklung getroffen werden« — so lautet das lapidare Resümee der Battelle-Studie zu »Frauenbeschäftigung und neue Technologien" (11). Die Beispiele zeigen, daß diese Zukunft schon begonnen hat. Seit Jahren verschärft sich die Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen ist seit Jahren regelmäßig höher als bei den Männern, inzwischen liegt sie seit mehr als einem Jahr regelmäßig über 10%. Hinzu kommen all die, die sich nicht mehr arbeitslos melden, da sie weder Geld noch einen Arbeitsplatz vom Arbeitsamt zu erwarten haben — ebenfalls überproportional Frauen.

Diese Situation wird sich in Anbetracht des Rationalisierungspotentials der IuK-Techniken verschärfen, wenn nicht grundlegend die Weichen anders gestellt werden. Selbst die Bundestags-Enquete-Kommission »Neue Informations- und Kommunikationstechniken«, die sich gewiß nicht durch eine technikkritische Haltung auszeichnete, kam nicht umhin, in ihrem Bericht ein Rationalisierungspotential von 10%, d.h. von 2,5 Millionen Arbeitsplätzen anzuerkennen. (12)

Und es gibt keine Anzeichen, daß die Unternehmer diese Möglichkeiten nicht nutzen werden. Im Gegenteil: „In Deutschland will im kommenden Jahr — wie 1984 — die Hälfte der befragten Unternehmen über die Investitionen in erster Linie Rationalisierungsmaßnahmen verwirklichen". (13)

Hinzu kommt: Lange Jahre waren die Büros und war der Dienstleistungsbereich das Auffangbecken für diejenigen, deren Arbeitsplätze der Automation der industriellen Produktion zum Opfer gefallen waren. Diese Möglichkeit besteht nun nicht mehr, denn diese Bereiche sind heute Schwerpunkte der Rationalisierung.

Die Frauen sind davon zunächst besonders betroffen:

- Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, gesellschaftlich legitimiert durch kapitalistisch-patriarchalische Verhältnisse, werden den Frauen seit langem die untersten Arbeitsplätze in der Hierarchie zugewiesen — im Büro wie in der Produktion. Diese Arbeitsplätze zeichnen sich nicht nur

durch besonders belastende Arbeitsbedingungen aus, die viele Frauen nicht bis zur Rente durchhalten, (14) sie sind auch am leichtesten zu automatisieren — siehe die Beispiele.

- Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weist den Frauen aber auch die Verantwortung für die Versorgung der Kinder und den Haushalt zu. Das schränkt Berufsmöglichkeiten ein, das führt zu Kompromissen von der Teilzeitarbeit bis zum zeitweisen Ausscheiden aus dem Beruf den Kindern zuliebe.
- Das Wiederhineinkommen aber wird angesichts der Massenarbeitslosigkeit immer schwieriger. Dies gilt für Frauen, die für ihre bisherige Arbeit zu alt, zu verschlissen sind. Dies gilt, für Frauen, die wegrationalisiert wurden und nun arbeitslos sind. Und das gilt erst recht für die Frauen, die jahrelang ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben.

Das sind die Bedingungen, die befürchten lassen, daß 'ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse' wie Heimarbeit, Leiharbeit, Aushilfstätigkeiten und Arbeit unter der Sozialversicherungsgrenze (15) — außerhalb von kollektiven Regelungen wie Tarifverträgen — zur Perspektive von Frauenarbeit werden: als Akkordarbeiterin am Bildschirm in der Wohnung, oder als Aushilfe bei einer Reinigungsfirma oder bei McDonalds. Denn solche Unternehmen wie die letztgenannten sind der Teil des Dienstleistungsbereich, der noch Arbeitskräfte aufnimmt — unter Bedingungen jenseits von Sozialversicherung und Tarifverträgen.

Die sozialen Kosten all dieser Entwicklungen aber gehen weit über eine alleinige Betroffenheit der Frauen hinaus.

- Die Zunahme von 'ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen' wirkt auf die Arbeitnehmer/innen in den Betrieben zurück. Eine Verbreitung elektronischer Heimarbeit beispielsweise würde den Rationalisierungsdruck und die Arbeitsplatzvernichtung in den Büros verstärken und gleichzeitig die, (16) Heimarbeit als Mittel zur Aushöhlung des Arbeits- und Sozialrechts.
- Schon heute sind viele alte Menschen, vor allem Frauen, auf Sozialhilfe angewiesen, da ihre geringen Renten nicht zum Lebensunterhalt reichen. (17) Eine Ausdehnung 'ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse' würde diese Situation auf Jahrzehnte fortschreiben. Hinzu kommt der Ausfall an Beiträgen zur Sozialversicherung, der durch die Ausbreitung solcher Arbeitsverhältnisse entsteht und — zusätzlich zur Arbeitslosigkeit — die Kostensituation in Kranken- wie Rentenversicherung verschärft, was nach allen Erfahrungen auf die Versicherten zurückschlägt.
- Verschlechterte Arbeitsmöglichkeiten der Frauen verringern erheblich das Einkommen vieler Arbeitnehmerfamilien. „In 45% aller Arbeiterhaushalte sind zwei oder mehr Einkommensbezieher vorhanden... Es ist zu sehen, daß Arbeiterhaushalte in der Regel nur dann zu relativ günstigen Haushaltseinkommen gelangen, wenn Mann und Frau arbeiten". (18) Für die unteren Einkommensgruppen bei Angestellten und Beamten dürfte gleiches gelten.

Unterm Strich bedeutet dies:

Die Ausgrenzung der Frauen aus dem Arbeitsprozeß infolge der Rationalisierung durch die neuen Techniken führt zu einer strukturellen Verschlechterung von Lebensbedingungen von großen Teilen der Bevölkerung

— die Armutsgrenze rückt für viele näher.

4. Die Antworten der Politik:

Technikförderung, Sozialabbau und »neue Mütterlichkeit«

Zu all den genannten Problemen, zur strukturellen Benachteiligung der Frauen im Zusammenhang mit den neuen Techniken, gibt es inzwischen seit Jahren Erfahrungen; gleichzeitig liegen genug ernstzunehmende Prognosen vor. Bei der Suche nach politischen Ansätzen zur sozialen Bewältigung aber ergibt sich nur: Fehlanzeige. Dies gilt für die CDU/FDP-Regierung, vieles aber reicht bis in die Zeit der sozialliberalen Koalition zurück. Drei Politikfelder als Beispiele.

In der Technologiepolitik werden die Iuk-Techniken zwar gefördert und propagiert, die sozialen Folgen aber nicht thematisiert und erforscht, geschweige denn, daß politische Maßnahmen zu ihrer Bewältigung unternommen würden. Dies gilt für die Forschungsförderung im Bereich Informationstechnik, wo mit Milliardenbeträgen Forschungs-Technologie- und Wirtschaftspolitik, Bundespost, Rüstung und Bildungspolitik (diese, damit die Bevölkerung die neuen Techniken klaglos akzeptiert) koordiniert werden, von Sozial- und Gesellschaftspolitik aber nicht die Rede ist.

Daran ändern auch einige Floskeln zur Technikfolgenabschätzung nichts. So geht es eben nur darum, mit der 5. Computergeneration, mit »künstlicher Intelligenz« »Computer zum einfach handhabbarem Denkzeug« zu machen (19). Dies gilt auch für den Ausbau der Telekommunikation durch die Bundespost — bei der geplanten Verkabelung der Republik wie beim computergerechten Ausbau des Telefonnetzes (Digitalisierung). All diese Planungen eröffnen neue Rationalisierungspotentiale! Aber das kümmert die große Koalition der Technokraten nicht, sie nehmen vorhandene Erfahrungen und soziale Implikationen der künftigen Technikentwicklung entweder nicht zur Kenntnis oder betrachten sie gar als funktional für die eigenen Ziele:

»Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft... oder vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich eben dem angeblich alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung.« (H. Geißler, CDU) (20)

»Arbeitsplätze zu Hause, stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit und mehr Teilzeitarbeit böten auch einen höheren Schutz gegen Arbeitslosigkeit und gegen durch neue Techniken verursachten beruflichen Abstieg.« (H. Haussmann, FDP) (21)

»Die dritte industrielle Revolution, die Weiterentwicklung der Elektronik und der Kommunikationstechnik erzeugen 'Individualisierungsschübe'. Bisher unvorstellbare Arbeitszeitverkürzungen ermöglichen eine größere Zeitsouveränität; Heimarbeitsplätze — mit politisch durchaus zweischneidigen Folgen — vergrößern sowohl die Beweglichkeit des Arbeitnehmers wie auch politischen Privatismus und Isolation.« (P. Glotz, SPD) (22)

Begründungszusammenhänge differieren, aber gemeinsam wird der Technikentwicklung quasi Eigendynamik unterstellt und werden politische Steuerungsmöglichkeiten gar nicht mehr thematisiert; im besten Fall sollen gerade noch allzu krasse Folgen geregelt werden.

In der Arbeitsmarktpolitik entwickelt sich die Förderung von Arbeitslosen in den letzten Jahren umgekehrt zur Förderung der Technik: nicht nur, daß immer mehr Arbeitslose kein Geld mehr vom Arbeitsamt erhalten,

(vgl. die Beiträge in diesem Heft).

Es wurden beispielsweise auch die Förderungsmöglichkeiten für Frauen, die einige Zeit aus dem Beruf ausgeschieden waren, verschlechtert. Zwar blieb die »Wiedereingliederung« von Frauen Programmatik des Arbeitsförderungsgesetzes. Aber schon 1975 mit dem Haushaltsstrukturgesetz und dann 1982 mit dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz (AFKG) wurden die Möglichkeiten eingeschränkt. Im Gegensatz zu Zeiten des Arbeitskräftemangels in den 60er Jahren sind die Frauen unter den Bedingungen von Krise und Massenarbeitslosigkeit als zusätzliche Arbeitskräfte, die 'den Arbeitsmarkt nur noch mehr belasten', nicht mehr erwünscht. Gelingt es ihnen aber, doch gefördert zu werden und an einem Lehrgang teilnehmen zu können, haben sie vielleicht die 'Chance', eine Ausbildung als Stenotypistin o.ä., zu erhalten; denn viele Arbeitsämter 'qualifizieren' immer noch in Berufsbereiche, die stark von Rationalisierung betroffen sind.

Die Neuorientierung der Familienpolitik durch die konservative Regierung schließlich soll das Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt legitimieren. Da wird die »sanfte Macht der Familie«, die »neue Mütterlichkeit« gepriesen. Das ist nicht neu in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Neu aber ist, daß es den Frauen mit dem Verweis auf elektronische Heimarbeit schmackhaft gemacht werden soll. (23) Inzwischen haben offenbar auch die Konservativen gemerkt, daß das Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsprozeß die Einkommenssituation großer Teile der Bevölkerung gravierend verschlechtert und sehen nun Heimarbeit als geeignete Möglichkeit an, in Übereinstimmung mit dem konservativen Leitbild der Frau am Herd doch noch Einkommensverluste zu kompensieren.

5. Wer sich nicht wehrt...: Es bedarf einer 'Technologiepolitik von unten'

Eine andere Politik müßte ansetzen an den ökonomischen und sozialen Bedingungen der Technikanwendung, sowie an der Technik selbst, um das Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsleben zu verhindern. Und die Frauen stehen hier nur als eine Gruppe: Für die Jugendlichen, die nicht mehr hineinkommen (Jugendarbeitslosigkeit) und für die Älteren, die kein Betrieb mehr will, da er eine olympiareife Belegschaft vorzieht, stellen sich viele Probleme ähnlich.

Die Ansatzpunkte:

- *Planung und Steuerung der Technikförderung und -realisierung nach sozialen Kriterien*

Derzeit werden zahlreiche Computernetze geplant und realisiert, gerade im Bereich der überbetrieblichen Telekommunikation, die immer schwerer steuerbar werden, deren »soziale Beherrschbarkeit« immer fraglicher wird. 24 Wenn z.B. jedes Telefon in jedem Wohnzimmer mit einem leistungsstarken Kabel zur Datenübertragung ausgestattet wird, wie es die Bundespost für die nächsten Jahre plant, wird die Autobahn gebaut, auf der dann die Heimarbeiterwelle rollen kann, weil dann die bisher bremsenden Faktoren beseitigt sind. Ein solcher Ausbau muß aber nicht sein, es gibt durchaus Möglichkeiten, den Technikausbau zu begrenzen und damit potentielle Rationalisierungsmöglichkeiten einzuschränken.

- *Stärkung der Einflußmöglichkeiten der Betroffenen bei der Technikanwendung*

Die Anwendung der Informations- und Kommunikations-Techniken findet überwiegend in den Betrieben statt. Die rechtlich abgesicherten Einflußmöglichkeiten der Betriebsräte und der betroffenen Beschäftigten

auf diesem Prozeß sind aber begrenzt. Eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz wäre hier ein wichtiger Ansatz; hinzukommen müßten überbetriebliche Mitbestimmungsformen, um eine Organisation der Arbeitnehmer-Interessen gegenüber der überbetrieblichen Vernetzung zu ermöglichen.

Hinzukommen müßten auch eine allgemeine, öffentliche Diskussion über die Telekommunikation, deren Wirkungen ja auch stark den privaten Bereich betreffen (Privatfernsehen).

- *Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungspolitik*

Fordert man/frau die Aufhebung der besonderen Benachteiligung der Frauen bei Rationalisierungen, bewegt man/frau sich letztlich in einem 'Nullsummenspiel'. So lange andere Rahmenbedingungen nicht verändert werden, mögen dann vielleicht weniger Frauen aus der Textverarbeitung, dafür aber mehr männliche Sachbearbeiter gekündigt werden. Angesichts der gewaltigen Produktivitätssteigerung, die mit den Informations- und Kommunikations-Techniken möglich ist, ist eine erhebliche Verringerung des Arbeitsvolumens durch Arbeitszeitverkürzung notwendig. Die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung enthält dabei am ehesten Chancen, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verändert wird und die Frauen nicht nur mehr Chancen für Berufstätigkeit, sondern auch für politisches Engagement gewinnen. Aber auch wenn man die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung optimistisch sieht: Auch die 35-Stunden-Woche würde die Produktivitätssteigerung infolge der neuen Techniken nicht auffangen, sondern nur mildern können. Um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen bedarf es daher gezielter Beschäftigungsprogramme, wie es beispielsweise die Gewerkschaften seit Jahren fordern. (25)

- *Veränderung der frauendiskriminierenden Arbeitsteilung und Personalpolitik; Verbesserung der Aus- und Weiterbildung für Frauen*

Die strukturelle Betroffenheit der Frauen durch die Informations- und Kommunikation-Techniken beruht zumindest zum Teil auf ihrer Konzentration auf wenige Berufsbereiche. Hier bedarf es gezielter Ansätze, damit Frauen durch Weiterbildungsmöglichkeiten zumindest zu einer auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähigen Qualifikation kommen.

- *Gesetzliche Beschränkung der »ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse«*

Wenn größere Gruppen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse außerhalb des Arbeits- und Sozialrechts gedrängt werden, bedarf es neuen Regelungen, die der veränderten Situation entsprechen und diese Entwicklung eindämmen.

Und die Umsetzung all dieser Forderungen?

Ein Teil davon erfordert Änderungen der staatlichen Politik — von der Technologiepolitik, die von der

Industrieförderung zur sozialen Steuerung von Technikanwendung, bis zur Arbeits- und Sozialpolitik, die vom Sozialabbau zur Förderung benachteiligter Bevölkerungsgruppen kommen müßte. Dies ist nicht in Sicht, muß aber auf der Tagesordnung stehen bleiben. Eines ist dabei aber sicher: es wird sich dort oben nichts ändern, solange sich die Betroffenen nicht wehren, so lange die neuen Techniken und ihre inhumanen und unsozialen Folgen widerspruchslos akzeptiert werden. Und es gibt Beispiele für ein solches »Sich-wehren«.

In vielen Betrieben kämpfen seit Jahren viele Vertrauensleute, Betriebsräte und betroffene Beschäftigte gegen die negativen Folgen von Rationalisierung. Die Durchsetzung von vernünftigen Arbeitsbedingungen an Bildschirmarbeitsplätzen, die die Hersteller zwang, die Ergonomie ihrer Geräte zu verbessern, waren der Ansatz für eine soziale Gestaltung von Arbeit bei der Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken. Jetzt geht es vor allem um die Erhaltung von qualifizierter Arbeit, um Weiterbildung, um die Abwehr von Computer-Kontrollsystemen und ständiger Leistungsverdichtung.

Die Gewerkschaften wehren sich gegen die unsozialen Folgen der Informations- und Kommunikationstechniken. Sie plädieren teilweise für eine Begrenzung der Telekommunikation, versuchen elektronische Heimarbeit zu verhindern (IGM, ÖTV und HBV), rufen auf zur Nicht-Beteiligung bei Bildschirmtext (HBV). 26

Beim Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche ging es letztlich nicht nur um einige Stunden weniger Arbeit, sondern auch um die Frage, wie angesichts der gewaltigen — aufgrund der Technik möglichen — Produktivitätssteigerungen diese Gesellschaft künftig aussehen wird.

Die IG Metall hat im Herbst 84 ein Aktionsprogramm beschlossen: »Arbeit und Technik — Der Mensch muß bleiben!« Damit soll der Kampf gegen die menschenverachtende und unsoziale Rationalisierung zu einem Arbeitsschwerpunkt der nächsten Jahre werden.

Die Humanistische Union hat ein Moratorium gefordert, damit vor einem weiteren Ausbau der Telekommunikation die sozialen Risiken geklärt und die Probleme gelöst werden können. (27)

Die zahlreichen 'Anti-Kabel-Gruppen' und Initiativen haben letztlich erfolgreich — zumindest zeitweise — die Volkszählung abgewehrt. Gleichzeitig hat das Volkszählungsurteil weitreichende Folgewirkungen zur Verbesserung des Datenschutzes.

Die Grünen haben immer wieder die sozialen Probleme im Zusammenhang mit den Informations- und Kommunikationstechniken in die technologie- und medienpolitische Diskussion im Bundestag eingebracht. Teile der SPD tragen die Politik von P. Glotz nicht mit und der Parteitag im Mai 84 hat zumindest 'vorsichtige' Beschlüsse dazu gefaßt. (28)

All das sind Ansätze, auch wenn sie zum Teil noch widersprüchlich sind. Sie reichen nicht aus und sie müssen breiter werden. Das heißt zum einen, daß sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen, Gruppen und Organisationen, die sich gegen die herrschende blinde Technikdurchsetzung wehren, stärker werden muß — auch wenn diese Gruppen unterschiedliche Erfahrungen, Zielsetzungen und Arbeitsschwerpunkte haben und teilweise Berührungängste bestehen. Es heißt aber auch, daß sich gerade die Frauen stärker mit diesen Fragen auseinandersetzen müssen. Denn in fast allen Gruppen und Organisationen außerhalb der Frauenbewegung rangieren Fraueninteressen immer noch hinten auf der Prioritätenliste. Das aber wird sich nur ändern, wenn sich die Frauen selber viel stärker einmischen in eine 'Technologiepolitik von unten'.

Anmerkungen:

1 Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken, Bundestagsdrucksache 10/1281 vom 11.04.84, S. 4

2 Vgl. zur Büro-rationalisierung: A. Bahl-Benker, Statt Hektik im Büro angenehmes Arbeiten daheim? In: E. Vogelheim (Hg.), Frauen am Computer, Reinbek bei Hamburg 1984

3 Vgl. IBM, Dokumentation der Tagung »Institut 84«, Mainz 16.-17.05.84, S. 25

4 Zahlen und Zitate sind entnommen aus: L. Troll, Büroberufe im Wandel, Materialien aus der Arbeitsmarkt-

und Berufsforschung 1/84, (Hrsg. vom IAB der Bundesanstalt für Arbeit)

5 Vgl. A. Bahl-Benker, Elektronische Heimarbeit — die schöne neue Arbeitswelt? In: Die Mitbestimmung 12/83

6 Vgl. »Advent der freien Texterfassung«. In: Der Erfolg 12/1982, S. 16

7 I. Bednarz-Braun, »Ab 35 gehören Frauen schon zum alten Eisen«, Arbeitsbedingungen in der Elektromontage. In: E. Vogelheim (Hg.) Frauen am Computer, a.a.0, S. 24

8 M. Muster, Taktzeit O für 200000? Die Montageautomation ermöglicht einen neuen kräftigen Rationalisierungsschub. In: Die Mitbestimmung, 7/8 84

9 Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.), Montagestudie, Bonn 1983

10 R. Howard, Die zweite Klasse in Silicon Valley. In: Dollars und Träume, Heft 9(1984), und: Suzanne Seeland, Das Elend von Anita und Judy — Die Situation der Arbeiterinnen in der mikroelektronischen Industrie von Silicon Valley. In: Frankfurter Rundschau vom 20.10.84

11 C. Krebsbach-Cnath u.a.: Frauenbeschäftigung und neue Technologien (Battelle-Institut), München/Wien 1983, S. 236

12 Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Neue Informations- und Kommunikationstechniken«, Bundestagsdrucksache 9/2442 vom 28.03.83, S. 104

13 ifo-Schnelldienst, 32/84, S. 8 (Umfrage von Sommer 84)

14 » Was bleibt den durch den Arbeitsprozeß verschlissenen Frauen noch übrig? Die meisten Industriearbeiterinnen verlassen den Betrieb durchschnittlich nach fünf Jahren Beschäftigungsdauer. Oft führen sie dann selbst Familienverpflichtungen als Grund an. Sie scheiden — wie es beschönigend heißt — freiwillig` oder 'auf eigenen Wunsch' aus dem Betrieb aus«. I. Bednarz-Braun, a.a. 0., S. 25

15 Vgl. C. Möller, Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse — verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden. In: Zukunft der Frauenarbeit — Neue Verhältnisse in Technopatria, Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10 (1983)

16 Die Dimension dieser Überlegungen wird deutlich, wenn man sich Prognosen über die potentielle Ausbreitung von Heimarbeit ansieht. Diese schwanken sehr; am oberen Rand liegt beispielsweise der Vorsitzende von Prognos, Basel, der kürzlich für Frankfurt einen Anteil von 15-20%(!) für das Jahr 2000 annahm. Auch wenn man einen viel geringeren Anteil für realistisch hält — es müssen gar nicht so viele sein. Im Arbeitskampf 1984 gab es in der Druckindustrie Beispiele, daß Streikausgaben der Zeitungen außerhalb der Druckhäuser produziert und dann elektronisch übermittelt wurden. So verändern die IuK-Techniken für die Arbeitnehmer Möglichkeiten der Interessendurchsetzung!

17 Die durchschnittliche Rente von Frauen betrug 1983 433 DM (Arbeiterinnen) bzw. 774 DM (Angestellte); beiden Männern waren die Beträge 1154 und 1611 DM. Aus: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1984, S. 50

18 R. Welzmüller, Einkommensentwicklung und -verteilung — Aktuelle Daten. In: WSI-Mitteilungen 6/84, S. 350

19 Konzeption der Bundesregierung... a. a. 0, S. 42

20 Tagesprotokoll des Bundesparteitages der CDU im Mai 84 in Stuttgart, 2. Tag, S. 127

21 Liberale propagieren Heimarbeit, Süddeutsche Zeitung vom 3. August 84

22 P. Glotz, Der Intellektuelle und die Macht. In: Die Neue Gesellschaft 11/84, S. 1081

23 Leitsätze und Entschlüsse der 19. CDA-Bundestagung, 1981 in Mannheim: Die sanfte Macht der Familie/Schritte zu einer familiären Gesellschaft, 1/These 1: »Neue Informationssysteme und Technologien bieten die Möglichkeiten, wieder zu kleineren Produktionseinheiten zurückzukehren und Erwerbsarbeitsplätze in die Nähe des Wohnbereichs und eventuell ins Heim zu verlagern. Das sind Chancen, die erprobt und genutzt werden sollten.«

24 Vgl. H. Kubicek, Milliarden-Investitionen und Übergang zur Informatinsgesellschaft — Probleme der sozialen Beherrschbarkeit integrierter Fernmeldenetze, Frankfurter Rundschau vom 22.08.84, Dokumentation 25 DGB, Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Düsseldorf 1977 (Sie wurden inzwischen aktualisiert und ergänzt, u.a. wurden konkrete Finanzierungsvorschläge vorgelegt).

26 Vgl. folgende Beschlüsse: IGM, Gewerkschaftstag 1983, EntschlieÙung »Neue Informations- und Kommunikationstechniken«; ÖTV, Gewerkschaftstag 1984, Antrag »Neue Informations- und Kommunikationstechniken«; HB V, Gewerkschaftstag 1984 vgl. »Elektronische Einsiedelei«, Frankfurter Rundschau vom 13.11.84

27 Humanistische Union: Offener Brief zur Medienpolitik der Bundesregierung (an die Bundesregierung

und die Landesregierungen), München, 29.6.82

28 So hat sich auf dem SPD-Parteitag im Mai 84 keine Mehrheit für ein »Ja« zur Glasfaserverkabelung gefunden. Die entsprechenden Absätze wurden aus dem Antrag Medienpolitik herausgenommen. Vgl. Protokoll zum SPD-Parteitag, S. 398 ff

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/73-vorgaenge/publikation/chips-wegbereiter-einer-neuen-armut/>

Abgerufen am: 19.04.2024